

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 21. August 2019

1557. 2018/160

**Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom
18.04.2018:**

**Gewährleistung der Einhaltung von Art. 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts
der Stadt Zürich betreffend der inhaltlichen Ausrichtung der Wochenzeitung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3981/2018): Zwei Dinge vorweg, um Missverständnisse zu verhindern. Erstens möchte ich unterstreichen, dass ich das Tagblatt der Stadt Zürich sehr schätze. Es wird sehr gute redaktionelle Arbeit geleistet. Als Gemeinderat bin ich wohl ein überdurchschnittlich aufmerksamer Leser und ich meine einschätzen zu können, dass diese Arbeit in den letzten Jahren an Qualität gewonnen hat. Zweitens möchte ich ebenfalls betonen, dass es abgewählten Bundesräten in unserem Land zusteht, Zeitungen zu kaufen. Das ist selbstverständlich erlaubt. Es ist auch erlaubt, dies aus politischen Motiven zu tun. Die Medienvielfalt hat in unserem Land massiv abgenommen. Besonders dramatisch ist die Situation in der französischsprachigen Schweiz, wo von einer lebendigen Presselandschaft nicht mehr wirklich die Rede sein kann, die der Vielfalt der Meinungen, die in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden sollen, gerecht werden könnte. Dies hat tiefere Gründe in einer bekannten aktuellen Medienkrise. Es ist in diesem Zusammenhang auch folgerichtig, dass es Versuche unterschiedlicher Färbung geben kann, eine strukturelle Schwäche auf diesem Markt auszunützen, aus welchen Motiven auch immer. In einer interessanten Untersuchung wurde kürzlich nachgewiesen, dass der Lokaljournalismus in dieser Frage besonders exponiert ist. Dort muss effektiv eine gewisse Vielfalt bestehen bleiben. Je einseitiger die Berichterstattung im lokalen Journalismus ist, desto klarer können negative Auswirkungen beispielsweise auf die politische Beteiligung nachgewiesen werden. Wir sind in einem extrem sensitiven Bereich, völlig unabhängig davon, ob wir über das Tagblatt der Stadt Zürich sprechen oder über eine andere Publikation. Beim Tagblatt der Stadt Zürich liegt allerdings eine besondere Situation vor: Es ist gleichzeitig auch Amtsblatt. Darum geht es Andreas Kirstein (AL) und mir mit diesem Postulat, das einen gewissen präventiven Charakter haben soll. Es ist zu dem Zeitpunkt entstanden, als der Titelaustausch von Tagblatt und Basler Zeitung bekannt wurde. Ob dieser Tausch seitens der TA-Media verantwortungsvoll war, kann man diskutieren. Es geht um die privilegierte Position des Tagblatts, dass es das Titelrecht als Amtsblatt der Stadt Zürich trägt. Dieses Titelrecht wurde vertraglich geregelt und an die Tagblatt Stadt Zürich AG vergeben, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses zu 65 Prozent der TA-Media und zu 35 Prozent Lokalinfo gehörte. Jetzt ist sie zu 100 Prozent bei der neuen Eigentümerschaft angesiedelt. Mit dem Titel Amtsblatt trägt das Tagblatt einen besonderen Anspruch in die Haushalte hinaus, in die es gratis verteilt wird,*

nämlich von Seriosität, von Neutralität in der Berichterstattung, von Glaubwürdigkeit. Dies hat sicherlich auch einen kommerziellen Wert, welcher Hintergrund für das Interesse der neuen Eigentümerschaft an dieser Zeitung ist. Es wurde ein Redaktionsstatut festgelegt, welches Vertragsbestandteil ist. Im ersten Artikel macht es Angaben zur inhaltlichen Ausrichtung. Darin sind sachgerechte Berichterstattung, Neutralität usw. verankert. Es gibt mehrere denkbare Szenarien, wie man bei einer Zeitung eine politische Schlagseite erkennen kann. Erstens könnte sich die politische Färbung in Berichterstattung, Themensetzung, Auswahl usw. niederschlagen. Zweitens könnten in der Redaktion Journalistinnen und Journalisten entlassen werden, die nicht wie gewünscht schreiben. Es kann aber auch sein, dass durch verstärkte redaktionelle Zusammenarbeit ein Konzentrationseffekt gesucht wird, der wiederum auf die Themensetzung einen Einfluss hat. All das wären in unseren Augen ganz klare Verstösse gegen das genannte Redaktionsstatut, die dazu führen müssten, dass die Stadt Zürich eine Vertragskündigung ins Auge fasst. Wenn man das Tagblatt der letzten Monate liest, gibt es den einen oder anderen Text, dem man Schlagseite unterstellen könnte. Die beiden Postulanten sind sich aber einig, dass bis anhin keine solche Tendenzen sichtbar geworden sind. Es kann aber auch nicht per se ausgeschlossen werden, dass politische Motive im Zusammenhang mit dieser Zeitung, die den Titel des Amtsblatts trägt, eine Rolle spielen. Die Absicht des Postulats ist es, dem durch sehr genaues Hinschauen vorzubeugen. Die Stiftung Medienvielfalt hat nachgewiesen, dass die Zeitungen in Winterthur, die über kein Redaktionsstatut verfügen und von der gleichen Eigentümerschaft übernommen wurden, klare Schlagseite nach rechts entwickelt haben. Vor allem wurde dieser Effekt nachgewiesen im Zusammenhang mit den Gemeinderatswahlen von 2018. Genau dieses gilt es beim Tagblatt zu verhindern, an genau dieses Problem appelliert das Postulat. Ein Aspekt erfordert dabei besondere Aufmerksamkeit: Es gibt eine Kommission von fünf Personen, die aus Vertretungen von Stadt und Eigentümerschaft besteht und die seit der Übernahme neu zusammengesetzt wurde. Es besteht dort ein 3:2-Verhältnis. Das ist aus Governance-Sicht etwas schwierig, wurde aber vertraglich so festgelegt. Wir appellieren dringend an die Stadt, beim Tagblatt sehr genau hinzuschauen, ob alle Bestimmungen eingehalten werden. Sollte dies nicht der Fall sein, muss unbedingt rechtzeitig die Reissleine gezogen werden. Nochmals: Es geht um die privilegierte Stellung der Zeitung als Amtsblatt. Im Hinblick auf einen neuen Vertrag müssten sicherlich auch Fragen zur Zukunft des Tagblatts und zu seiner Rolle als Amtsblatt gestellt werden. Beispielsweise, ob es überhaupt noch ein Printprodukt braucht. Vorderhand geht es aber lediglich darum, dass sorgfältig und nachdrücklich darauf geachtet wird, dass das Redaktionsstatut eingehalten wird.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Mai 2018 gestellten Ablehnungsantrag: In den Ausführungen von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) wurde ein wichtiger Punkt erwähnt: Es ist bisher nichts von dem feststellbar, was als Möglichkeit heraufbeschworen wird – das wurde auch von den Initianten bestätigt. Es ist ein Placebo-Vorstoss. Dies ist der Hauptgrund für unsere Ablehnung. Ich habe hier die heutige Ausgabe zur Hand. Wenn wir diese auf redaktionelle Inhalte durchgehen, sehen wir hier auf Seite 2 einen SP-Stadtrat. Luca Maggi von den Grünen kann in der Rubrik «Lust und Frust» erzählen, was ihn bewegte. Weiter hinten

auf Seite 42 finden wir einen von den Grünen verfassten Artikel über die Klimakatastrophe. Das sind die drei redaktionellen Themen, rot-grün. Ich kritisiere das nicht. Das Schöne am Tagblatt ist die Vielfalt, dass alle Parteien regel- und gleichmässig zum Zug kommen. Das sucht seinesgleichen. Es ist löblich, wie das Tagblatt die politische Neutralität umsetzt. Diese Ausgewogenheit vermisse ich bei gewissen Tageszeitungen, die in den Kommentaren sehr SVP-kritisch sind und wir manchmal keine Möglichkeit haben, unsere Argumente darzulegen. Der Verdacht liegt nahe, dass das Postulat vor allem aufgrund der politischen Ausrichtung der neuen Eigentümerschaft eingereicht wurde. Der Widerstand war schon im Zusammenhang mit der Basler Zeitung damals rein politisch motiviert, es wurde nicht auf die tatsächlich geleistete Arbeit geschaut. Aus diesen Gründen lehnen wir das Postulat selbstverständlich ab.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die Forderung der Postulanten trägt Wasser in die Limmat. Um die Neutralität des Tagblatts der Stadt Zürich zu gewährleisten, gibt es das genannte Redaktionsstatut und die entsprechenden vertraglichen Regelungen. Die Stadt könnte also angemessen auf Missstände reagieren. Was uns ebenfalls etwas irritiert: Die Postulanten messen offenbar nicht mit gleichen Ellen. Die politische Ausrichtung der bisherigen Mehrheitsaktionärin, der TA-Media AG, wurde nie kritisch hinterfragt. Es wäre mir neu, wenn der Tages-Anzeiger politisch ausgewogen wäre. Warum sollen denn jetzt plötzlich andere Massstäbe gelten? Dies lässt tief blicken. Die SP und die AL setzen sich hier für politisch ausgewogene Informationen von Seiten des Staats ein. Ich bin sicher, es soll in den Augen von SP und AL auch für die am leichtesten zu beeinflussenden Menschen gelten, die Kinder. Darum freue ich mich darauf, dass sich diese Parteien künftig mit mir für neutrale Lehrmittel einsetzen werden. Der Vorstoss schränkt im Hinblick auf Gratiszeitungen die unternehmerische Freiheit ein. Das Postulat fordert, dass der Artikel 1 des Redaktionsstatuts jederzeit eingehalten wird und der Vertrag bei Verstössen umgehend gekündigt wird. Was bedeutet in diesem Zusammenhang «jederzeit»? Muss jede Ausgabe, jede Seite, politisch neutral sein? Eine Ausgabe, in der beispielsweise Stadtrat Richard Wolff eine Kolumne hat, die aber ansonsten unpolitisch ist, ist nicht mehr politisch neutral. Dies ist in unseren Augen aber auch nicht so schlimm. Die Publikation als Ganzes muss politisch neutral sein, ansonsten begeben wir uns in ein juristisches Minenfeld. Zudem gibt das Postulat mit dem Wort «umgehend» keine zweite Chance bei Fehlern, was bei Verträgen ungewöhnlich ist. Mahnungen und Nachfristen sind eher Regel als Ausnahme. Juristisch könnte eine solche sofortige Kündigung aufgrund einer solchen vom Stadtrat empfundenen einmaligen Verletzung der Ausgewogenheit zu riesigen Problemen und Schadenersatzforderungen führen. Insgesamt unterstützen wir den Vorstoss aber, weil uns eine politisch neutrale Information durch den Staat sehr am Herzen liegt. Und auch, weil es nur ein Postulat ist und wir sicher sind, dass der Stadtrat mit dem nötigen Augenmass vorgehen wird.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die Linken sind immer so lange für die Meinungsfreiheit, bis jemand eine andere Meinung hat. In der Schweiz ist praktisch die ganze Medienlandschaft rot-grün und links. Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissen-*

schaften hat dies untersucht: 70 Prozent der SRG-Journalistinnen und Journalisten sagen offiziell, dass sie links positioniert sind. Wenn 70 Prozent offiziell bestätigen, dass sie Linke sind, obwohl sie eigentlich der Unabhängigkeit verpflichtet sind und der Parabel der Journalistinnen und Journalisten gehorchen müssten, können sie sicher sein, dass der wahre Wert von Linken bei der SRG noch massiv höher ist, vermutlich bei ungefähr 90 Prozent. Es gibt auch andere Untersuchungen, die die Einstellungen von Journalistinnen und Journalisten betrachten. Radikaler Feminismus ist beispielsweise eine Ordnung, die sie sich geben. Kommunismus ist häufig gewählt, ebenso der Sozialliberalismus. Die nationalkonservative Einstellung finden sie bei den Journalistinnen und Journalisten praktisch nicht. Das sind Untersuchungen, die europaweit gemacht wurden und im Rahmen derer auch die Schweiz untersucht wurde. Genau darum geht es. Sie sind so lange für Meinungsfreiheit, bis sie fürchten müssen, dass irgend jemand es wagt, in der Zeitung eine andere als die rot-grüne Meinung zu vertreten. Deshalb sind Sie so aufgeregt und nervös. Wenn es wirklich um das geht, was Sie behaupten, wenn Sie wirklich für Meinungsvielfalt wären, müssten Ihnen ja schon lange alle Haare zu Berge stehen angesichts der genannten Untersuchungen von Hochschulen, wonach bei der SRG praktisch alle Journalistinnen und Journalisten links sind. Wo ist denn da Ihre Aufregung? Sie sprechen theoretisch etwas an, das beim Tagblatt möglicherweise eintreten könnte. Wir haben aber bereits den Beweis, dass das, was Sie befürchten, in der Schweiz Realität ist. Nur ist es halt nicht rechtsbürgerlich oder nationalkonservativ, sondern es sind Linke, die das linke Dogma in den Zeitungen als neutrale Berichterstattung darbieten und so die Leute beeinflussen, manipulieren und auf die Strasse treiben für Klimademos oder sonstige komische linke Projekte.

Stefan Urech (SVP): *Ich möchte noch etwas hinzufügen auf städtischer Ebene, weil mich dort die Nervosität und Unsicherheit umso mehr erstaunt. Die rot-grüne Macht in dieser Stadt ist erdrückend. Wir haben vorhin gehört, dass Ihr 500 Jahre nach der Reformation sogar die reformierte Kirche in der Stadt Zürich in die Knie zwingen könnt. Wir haben gehört, dass Ihr beginnt auszuwählen, wer an unseren Schulen unterrichten darf und wie die Lehrpersonen zur Arbeit zu kommen haben. Ihr habt die ganze Kulturindustrie mit Theatern, Film und Kunst fest im Griff. Ihr streitet das immer ab, aber die Kultur ist durchtränkt von linker Ideologie. Man kann quasi keine Kulturveranstaltung besuchen, ohne dass man – subtil oder weniger subtil – noch eine linke Message auf den Heimweg mitbekommt. Bei dieser Macht erstaunt es mich, wie Ihr aufschreckt, wenn eine kleine kritische Stimme auftaucht. Ein Beispiel ist das Filmfestival. Das galt immer als super Sache. Dann stieg die NZZ ein und plötzlich schaute man genau hin und war nicht mehr so begeistert. Das Kosmos war ein Vorzeigeobjekt für Kultur. Und jetzt ist da jemand mit Connections zur anderen, bösen Seite hat, mit drin. Dann springt Ihr auf und ruft: Weg damit! Man erträgt keine kritischen Stimmen. Vor ein paar Monaten hatte ich im Rahmen des Quartiervereins ein Treffen mit einem Tagblatt-Journalisten. Man hat ihm schon optisch angesehen, dass er politisch vom ganz anderen Ufer ist als ich. Er hat mir dies mündlich bestätigt. Er sagte aber, dass er seit der Übernahme weniger Druck und mehr Zeit für die Artikel habe, und dass er sich seither mehr Freiheiten nehmen könne. Es gibt also keinerlei Doktrin von oben.*

Isabel Garcia (GLP): *Es ist nicht der Stil der GLP, dass wir Vorstösse auf Halden und/oder vor dem Hintergrund von Vermutungen unterstützen. Darum lehnen wir das Postulat ab.*

Ernst Danner (EVP): *Wir stimmen mit der Haltung von Yasmine Bourgeois (FDP) und der FDP überein. Wir haben ebenfalls keine Angst, dass Christoph Blocher einen riesigen Einfluss haben könnte. Es gibt genug Gegenkräfte. Aber bei Postulaten, mit deren grundsätzlicher Stossrichtung wir einverstanden sind, sagen wir Ja. Auszuschliessen ist eine politische Einflussnahme nicht. Das gilt auch für potenzielle andere künftige Eigentümerschaften. Deshalb unterstützen wir das Postulat. Wir sind ja ein glückliches Land, dass wir keine radikalere Rechte haben als Christoph Blocher.*

Andreas Kirstein (AL): *Nach dieser Schlussbemerkung von Ernst Danner (EVP) fällt es mir schwer, beim Thema zu bleiben. Ich gehe trotzdem nicht auf diese spezielle These ein. Man weiss ja, dass halb Europa von der Rechten der Schweiz und insbesondere von der SVP gelernt hat. Ich habe von Stefan Urech (SVP) und anderen gehört, wir seien nervös, wir hätten Angst und seien ein aufgeregter Hühnerhaufen. Ich kann Dir versichern, wenn ich ein aufgeregter Hühnerhaufen bin, dann sieht das deutlich anders aus. Es geht um eine prinzipielle Frage, die Dr. Jean-Daniel Strub (SP) schon aufgezeigt hat. Es geht um Medienvielfalt und Medienkonzentration im Allgemeinen. Aber beim Tagblatt, beim Amtsblatt der Stadt Zürich, haben wir eine besondere Situation. Es ist auch nicht so, dass sich nach der Übernahme keinerlei Beispiele für Einflussnahme von oben finden würden. Ein Beispiel ist der Umgang mit dem Jubiläum des Landestreiks. Da wurde irgendeine SVP-Veranstaltung in Uster beworben, die Hauptveranstaltung in der Stadt Zürich blieb unerwähnt. Es geht uns aber nicht darum, kleinlich gegeneinander aufzurechnen. Yasmine Bourgeois (FDP) hat Recht: Eine Ausgewogenheit ist nicht dadurch zu erreichen, dass jede einzelne Zeitungsseite ausgewogen ist, es darf sogar auch mal eine Nummer nicht ausgewogen sein. Es geht um die weiteren Ziele, die Herr Blocher mit seiner aktiven Medienkonzentration verfolgt. Es geht nicht um plumpe Politpropaganda, wie sie die SVP mit ihren Plakaten betreibt. Es geht um Themensetzungen und Einfärbungen, um zivilgesellschaftlich nachhaltig Einfluss zu nehmen darauf, was in diesem Land diskutiert oder eben nicht mehr diskutiert wird. In diesem Zusammenhang ist es zentral, dass wir diese Debatte hier drin führen. Ich erinnere daran, dass kurz nach der Übernahme die Diskussion auch in der Öffentlichkeit intensiv geführt wurde und ich sehr viele empörte Stadtbewohnerinnen und -bewohner erlebt habe. Es gab auch eine Aufkleber-Aktion, die die Menschen auf dieses Thema sensibilisiert hat. Im Volk – das der frühere Fraktionspräsident der SVP jeweils als «Chef» bezeichnet hat – gab es durchaus eine grosse Aufregung über die Übernahme, auch wenn das jetzt heruntergespielt wird. Uns geht es im Gegensatz zu Samuel Balsiger (SVP) nicht um Wissenssprüfungen von Journalistinnen und Journalisten. Wenn jemand angibt, links zu wählen, bedeutet das nicht, dass er oder sie nicht fähig ist, objektiv und neutral Berichterstattung zu machen.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Vielen Dank für die engagierte Debatte. Ich bin der SVP dankbar, dass sie aufgezeigt hat, wer die eigentlichen Nervösen im Saal sind, indem sie uns gleich mit drei Rednern Nervosität unterstellen wollten. Besonders dankbar bin ich*

Stefan Urech (SVP), weil er in seinem Votum die Argumentation von Samuel Balsiger (SVP) torpediert hat. Dieser ging wiederholt auf eine Studie ein, die sich für die politische Haltung von SRG-Journalistinnen und Journalisten interessierte. Stefan Urech (SVP) hat aufgezeigt, was für ein unglaublicher Fehlschluss es ist, von der persönlichen politischen Haltung auf eine Unausgewogenheit der Berichterstattung zu schliessen. Wenn er einem Tagblatt-Journalisten begegnet ist, der möglicherweise noch links von mir steht, dann müsste er derjenige sein, der unser Postulat unterstützt. Wenn der Umkehrschluss stimmt, den Samuel Balsiger (SVP) immer wieder erwähnt hat, würde das nämlich bedeuten, dass das Tagblatt linke Berichterstattung betreibt. Dies ist offensichtlich nicht der Fall, sonst hättet Ihr schon längst die Faust erhoben. Genau gleich würde die Faust erhoben, wenn plötzlich das P.S. das Amtsblatt der Stadt Zürich übernehmen würde. Ich bin absolut sicher, wir hätten von Eurer Seite – zu Recht! – einen vergleichbaren Vorstoss in der Post. Auch dort ginge es darum, dass die Ausgewogenheit und die Sachlichkeit der Berichterstattung gewährleistet wird. Darum geht es, wenn eine politisch eindeutig gefärbte Eigentümerschaft ein Amtsblatt übernimmt. Ich will nochmals darauf hinweisen, dass Winterthur zeigt, wohin die Reise führen kann. Genau das gilt es zu verhindern, solange das Tagblatt auch das Amtsblatt der Stadt Zürich ist. Es ist eine sachfremde Unterstellung, dass unsere Seite die Meinungsfreiheit einschränken will. Die Verhinderung von Einseitigkeit in der Berichterstattung ist etwas komplett anderes als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Sie können die beiden Postulanten beim Wort nehmen: Die Meinungsfreiheit ist etwas Attraktives und Spannendes und muss sicher nicht verhindert werden. Die Frage, wie es mit dem Tagblatt der Stadt Zürich nach Auslaufen des Vertrags Ende 2022 weitergeht, wird spannend und ich freue mich auf die Diskussion. Wir werden sie sinnvollerweise eher früher als später hier führen müssen.

Markus Kunz (Grüne): Die Länge der Rednerliste zeigt deutlich die Relevanz von Medien in den öffentlichen politischen Debatten. Im Journalismus habe ich über die letzten vierzig Jahre zwei Tendenzen festgestellt. Erstens erfuhren wir in den letzten Jahrzehnten eine enorme Medienkonzentration. Zweitens hat die linksliberale Schweiz in der medialen Vielfalt immer weniger zu sagen. Es ist kein Wunder, dass man Staatsmedien wie das SRF als links empfindet. Das sagt ja nur etwas darüber aus, dass auf der anderen Seite eine erdrückende Übermacht besteht. Dass Herr Blocher dabei eine zentrale Rolle einnimmt, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Es ist auch lange das Gerücht herumgegangen, er wolle auch noch den Tages-Anzeiger kaufen. Bei der Debatte um das Postulat wähnte ich mich bisweilen im falschen Film. Wenn die Stadt ein Amtsblatt hat und eine Trägerschaft dafür braucht, ist es geradezu unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese nicht einseitig ist. Es geht um die Verhinderung von Einseitigkeit. Deshalb müssen wir genau hinschauen. Die Grünen stimmen dem Postulat aus diesem Grund selbstverständlich zu.

Samuel Balsiger (SVP): Danke für die abschliessenden Worte des SP-Redners, der die Begriffe Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt nicht auseinanderhalten kann. Meinungsfreiheit ist, dass wir hier drin über die Masseneinwanderung, über das Asylchaos, über das Eritreer-Gate sprechen können. Darüber, dass innerhalb von zehn Jahren 30 000 Eritreer in die Sozialhilfe eingewandert sind, obwohl es dort keinen Krieg gibt, obwohl diese Personen kein Anwesenheitsrecht haben, obwohl viele von denen illegal

eingewandert sind. Ich habe dieses Votum bewusst so gewählt, weil ich wusste, dass es mit der Meinungsfreiheit bei ihnen fertig ist, sobald es um das Asylchaos geht. Sobald wir von der SVP von diesem realen Problem sprechen, beginnen Sie drein zu reden, rufen mir zu, ich solle zum Thema sprechen, beginnen zu lachen. Vor ein paar Sekunden haben Sie gerade bewiesen, dass Sie mit Meinungsfreiheit nichts zu tun haben. Es geht Ihnen um ein Meinungsdictat, das links-grün zu sein hat. Jeder, der sich traut, die Realität vor Augen zu führen, Ihnen einen Spiegel vorzuhalten, der ist ein Rassist, ein Rechtsradikaler, der muss ausgebuht werden, den muss man kaputt machen und blossstellen. Sie haben es soeben bewiesen. Der Redner der SP hat noch das Beispiel Winterthur angesprochen. Der Verein Meinungsvielfalt, den sie angesprochen haben, hat untersucht, dass vor der Übernahme durch Blocher die SVP nur in 4 Prozent der Artikel erwähnt worden ist und nach der Übernahme viel stärker. Die SVP hat im Zeitraum, in dem sie nur mit 4 Prozent erwähnt wurde, 22 Prozent Wähleranteil gehabt. Wo sind denn da Ihre Bedenken, wo ist da Ihr Aufschrei, dass offenbar bewusst mit dem vorherigen Inhaber dieser Zeitung eine politische Minderheit zum Stillschweigen gebracht wurde und nicht genannt wurde. Das ist Marginalisierung. Das gleiche macht der Journalist des Tages-Anzeigers, der hier vorne sitzt. Wenn etwas von der SP ist, kommt ein grosser Bericht mit Foto. Wenn etwas ist von der SVP, dann laufen Sie meistens schon vorher aus dem Saal oder berichten negativ, reissen die Sache aus dem Kontext. Die vielen Linken beim Tages-Anzeiger sind der SP hörig, deshalb hat die SP in der Stadt Zürich so viel Macht.

Andreas Kirstein (AL): *Wir bekamen jetzt in erschütternder Ausführlichkeit das Leiden einer Minderheitenpartei im politischen System der Schweiz vorgeführt. Ich muss sagen, Samuel Balsiger (SVP), dieses Leiden teile ich. Der AL geht es gleich. Wir fühlen uns häufig im Tages-Anzeiger, manchmal auch in der NZZ nicht hinreichend gewürdigt. Viel zu selten erscheint ein Porträt von mir in einer der beiden Zeitungen. Ich wehre mich auch fleissig auf Twitter dagegen. Das, was zu Lachen und meinen häufigen Zwischenrufen führt – für die ich mich auch entschuldige –, ist Ausdruck der Meinungsfreiheit. Normalerweise würde ungefähr die Hälfte Ihrer Votes einen Ordnungsantrag notwendig machen, oder mindestens ein Ordnungsruf von vorne, man solle doch zur Sache reden. Wer nur ein Thema hat, muss sich bewusst sein, dass man Unmut auf sich zieht, wenn man zum immer gleichen Thema spricht, egal, was auf der Traktandenliste steht. Man könnte auch sagen, das sei ein Missbrauch von parlamentarischen Mitteln, was ich aber nicht tue. Sie haben die volle Redefreiheit, und ich wäre der erste, der sich 100 Prozent dafür einsetzen würde. Wir hatten einen Gemeinderat, Niklaus Scherr (AL), der einmal vom Weibel herausgeführt wurde, dem also die Meinungsfreiheit in einer Debatte gewaltsam entzogen wurde. Solche Zustände möchte ich nie mehr erleben. Wenn Sie aber die genannten Zeitungen kritisieren, ist es aber doch so, dass der Tages-Anzeiger und die NZZ im Gegensatz zum Tagblatt eben nicht das Amtsblatt der Stadt Zürich sind und wir mit diesen Presseerzeugnissen keinen Vertrag haben. Deshalb läuft ihr Vorwurf ins Leere, da es nicht um die Eigentümerschaft dieser beiden Zeitungen geht. Wir wehren uns in alle Richtungen, wie das Beispiel unseres Widerstands gegen die Vereinnahmung des Filmfestivals durch die NZZ gezeigt hat.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Nach diesen vielfältigen Medienschelten möchte ich gern zum Gegenstand dieses Vorstosses zurückkommen. Auch der Stadtrat war überrascht, als dieser Deal zwischen TA-Media und Zeitungshaus AG bekannt wurde. TA-Media hat für die Expansion in der Nordwestschweiz ihre älteste Zeitung aufgegeben, das Tagblatt der Stadt Zürich. Die Wettbewerbskommission hat diese Übertragung geprüft und genehmigt, so dass sie im Oktober 2018 erfolgt ist. Die neue Eigentümerschaft hat umgehend mit der Stadt Kontakt aufgenommen, weil das Tagblatt das Amtsblatt der Stadt Zürich ist. Anfangs 2019 hat ein Treffen stattgefunden mit zwei Mitgliedern des Stadtrats, der Stadtschreiberin und der Informationsbeauftragten des Stadtrats. Die neue Eigentümerschaft hat dort bekräftigt, dass sie am bisherigen Konzept festhalten will, dass sie auch am Redaktionsstatut festhält. Sie hat zudem versichert, dass sie keine personellen Änderungen in der Redaktion plant. Sie hat sogar die Anstellung der Chefredaktorin, die eigentlich das Pensionsalter erreicht hatte, verlängert und eine austretende Redaktorin mit einem Redaktor mit Erfahrung im ähnlichen Bereich ersetzt. Die Überwachung der Einhaltung des Redaktionsstatuts ist Aufgabe des Publikationsausschusses. Im Hinblick auf die neue Zusammensetzung hat die Stadtschreiberin den Vorsitz übernommen. Die beiden städtischen ex officio-Vertretungen sind die Stadtschreiberin und die Informationsbeauftragte des Stadtrats. Diese lektorieren das Tagblatt sehr regelmässig und sehr sorgfältig. Allfällige Beanstandungen würden umgehend in diesem Ausschuss angebracht. Die neue Eigentümerschaft hat ihre drei Mitglieder im Ausschuss zügig bestimmt. Es sind dies Andreas Honegger, ehemaliger Leiter des Ressort Zürich der NZZ, Markus Eisenhut, heute Kommunikationschef der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG und früher bei zahlreichen Medientiteln tätig, und Rolf Bollmann, Delegierter des Verwaltungsrats der Zeitungshaus AG. Aus Sicht der Stadt handelt es sich bei diesen drei Leuten um fachlich geeignete Besetzungen. Die Signale, die wir bekommen haben, stimmen zuversichtlich, dass das Tagblatt weiterhin politisch ausgewogene, sachliche Publizistik verbreitet. Wir haben diese Erwartung auch sehr klar geäussert. Sollte es zu Vertragsverletzungen kommen, behalten wir uns explizit auch eine vorzeitige Vertragsauflösung vor. Aus unserer Sicht sind im Moment keine weiteren Instrumente oder Massnahmen nötig. Es ist uns aber bewusst, dass wir weiterhin genau hinschauen und Massnahmen ergreifen müssen, falls das Redaktionsstatut nicht umgesetzt würde.*

Das Postulat wird mit 87 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat